

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 1/2
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachste Peltzzeit 1 Mr. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschluß Freitag

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1931.

Die Entwicklung des äußeren Bestandes der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände war im Jahre 1931, das durch die steigende Wirtschaftskrise eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zur Folge hatte, eine rückläufige. Der Mitgliederrückgang ist in erster Linie auf die lange Arbeitslosigkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder zurückzuführen.

Jedoch konnte auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen alles zerstörenden Begleiterscheinungen die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie stehen, wenn auch mit vermindertem Kampferfolg, so doch mit ungeklärter innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die dem ADGB angeschlossenen Zentralverbände, deren Zahl durch den am 1. Juli 1931 vollzogenen Anschluß des Zentralverbandes der Dachdecker an den Deutschen Baugewerksbund von 31 auf 30 zurückging, umfaßten Ende 1931 immer noch 4 134 902 Mitglieder, darunter 570 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,3 Proz.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4,0 bis 4,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, die Fahnen jedoch schnell verließen als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in jähem Kampf erobert werden muß. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, aller maßlosen Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB mit 4 134 902 noch höher als Ende 1924 mit 4 023 867, und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 3 932 035. Das heißt: das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen großen Krise unerschütterlich.

Den Mitgliederbestand der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1930, 1931 und im Jahresdurchschnitt 1931 zeigt nachstehende Tabelle.

Mit Ausnahme des Verbandes der Schornsteinfeger, der noch eine geringe Zunahme von 135 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ging die Mitgliederzahl in allen Verbänden mehr oder weniger stark zurück. Den stärksten Verlust hatte der Verband der Maschinisten und Heizer mit 24,7 Proz. Es folgen der Verband der Steinarbeiter mit 21,6, Landarbeiter mit 20,7, Muffler mit 18,9, Freileiter mit 17,8, Bekleidungsarbeiter mit 17,8, Baugewerksbund mit 17,4, Tabakarbeiter mit 16,3, Sattler, Tapezierer und Portefeuille mit 15,6, Eisenbahner mit 15,3, Kupfer Schmiede mit 15,0, Bergbauindustriearbeiter mit 12,1, Graphische Hilfsarbeiter mit 10,9, Maler mit 10,9, Legitimationsarbeiter mit 10,3, Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter mit 10,0, Buchbinder mit 9,7, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte mit 9,2, Schuhmacher mit 9,1, Hutarbeiter mit 9,0, Zimmerer mit 8,9, Gesamterverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. mit 8,2, Lederarbeiter mit 8,2,

Verbände	Es hatten Mitglieder		im Jahresdurchschnitt	
	am Ende des Jahres 1930	am Ende des Jahres 1931	insgesamt	dar. weibl.
Baugewerksbund 1)	472 805	397 306	433 019	324
Bekleidungsarbeit.	68 581	56 347	62 400	29 521
Bergbauindustriearbeiter	190 855	164 188	176 826	235
Buchbinder	54 795	49 485	51 953	30 747
Buchdrucker	90 349	88 436	89 575	—
Eisenbahner	240 410	208 518	222 480	1 535
Fabrikarbeiter	441 292	386 982	413 477	77 792
Freileiter	3 952	3 249	3 616	713
Gesamterverband	673 375	618 392	655 604	77 062
Graph. Hilfsarbeit.	38 945	34 739	37 001	22 852
Holzarbeiter	299 924	269 142	285 804	17 089
Hotel-, Restaurant- und Café-Angest.	30 290	27 503	28 559	7 896
Hutarbeiter	16 740	15 228	16 022	9 986
Kupfer Schmiede	6 778	5 763	6 384	—
Landarbeiter	165 505	131 286	138 717	13 761
Lederarbeiter	34 236	31 426	32 966	6 891
lithographen	24 787	28 879	24 357	33
Maler 2)	57 894	51 562	55 361	133
Maschinisten	50 536	38 275	43 689	23
Muffler	13 000	12 807	12 906	206
Metallarbeiter	940 578	826 864	870 548	61 316
Muffler	19 265	15 617	17 361	296
Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter	174 469	156 950	167 119	29 368
Sattler, Tapezierer u. Portefeuille	28 321	23 907	26 187	3 475
Schornsteinfeger	3 172	3 307	3 267	—
Schuhmacher	65 902	59 917	63 264	27 853
Steinarbeiter	56 635	44 402	51 161	226
Tabakarbeiter	72 543	60 721	66 877	52 089
Legitimationsarbeiter	276 574	246 296	261 663	146 546
Zimmerer	103 678	94 408	99 593	—
Zusammen	4 716 569	4 134 902	4 417 852	617 958
1930	—	—	4 716 569	4 821 832

1) Einschließlich der Mitglieder des Dachdecker-Verbandes
2) Reichstige Zahlen.

Lithographen mit 3,7, Buchdrucker mit 2,2 und Muffler mit 1,5 Proz.

Im Jahresdurchschnitt beträgt der Gesamtmitgliederbestand — mit 4 417 852 — 403 980 Mitglieder oder 8,4 Proz. weniger als im Jahre 1930. Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederrückgang ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 Mrk. um 47 349 093 Mrk. und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 Mrk. um 25 561 313 Mrk. niedriger als im Vorjahr.

Im einzelnen gestalteten sich die Einnahmen im Vergleich mit denen des Jahres 1930 wie folgt:

	1930 Mrk.	1931 Mrk.
Eintrittsgelder	325 670	165 518
Verbandsbeiträge	173 391 574	131 506 154
Oertliche Beiträge	36 349 984	27 258 606
Ertragsbeiträge	2 100 084	4 458 732
Zinsen	7 235 656	6 525 232
Sonstige Einnahmen	12 252 356	14 396 969

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Ertragsbeiträgen und den sonstigen Einnahmen gingen alle anderen, besonders die aus den regulären Beiträgen, stark zurück. Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41 885 420 Mrk. und bei den örtlichen 9 096 358 Mrk., zusammen 50 981 778 Mrk. und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Ertragsbeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kolleginnen und

Kollegen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebrauchte Summe 4 458 732 Mrk. und ist um 2 358 684 Mrk. höher als 1930.

Die Gesamteinnahmen je Mitglied beziffern sich auf 41,72 Mrk., sie gingen gegenüber dem Vorjahr um 6,32 Mrk. zurück.

Die Gesamtausgaben sind mit 215 621 078 Mrk. um 31,3 Millionen Mark höher als die Gesamteinnahmen. Wie sie sich im Vergleich mit dem Jahre 1930 auf die einzelnen Positionen verteilen, zeigt nachstehende Uebersicht.

Die Ausgaben betragen für:

	1930 Mrk.	1931 Mrk.
Unterstützungen	123 522 713	109 888 848
Arbeitskampfe	9 887 447	10 595 741
Presse u. Bildungszwecke	13 957 587	11 224 661
Agitation u. Organisation	22 919 738	18 954 603
Sonstiges	10 045 131	11 526 718
Verwaltung	60 849 775	53 430 507

Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben (51 Proz.) entfielen auf Unterstützungen, die sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt verteilen:

	1930 Mrk.	1931 Mrk.
Arbeitslosenunterstützung	77 730 533	69 108 173
Krankenunterstützung	22 847 119	17 162 152
Sterbefallunterstützung	4 276 564	4 258 526
Invalidenunterstützung	8 001 197	11 462 067
Notfallunterstützung	5 159 105	3 918 380
Reiseunterstützung	1 153 500	986 389
Umzugsunterstützung	214 992	159 392
Sonstige Unterstützung	3 010 775	1 814 028
Rechtsschutz an Mitglieder	1 098 928	1 019 751

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Ausgaben in allen Unterstützungsarten mit Ausnahme der für Invalidenunterstützung zurück, und zwar für Arbeitslosenunterstützung um 8,6 Millionen Mark, Krankenunterstützung um 5,6 Millionen Mark, Sterbefallunterstützung um 18 042 Mrk., Notfallunterstützung um 1,2 Millionen Mark, Reiseunterstützung um 167 111 Mrk., Umzugsunterstützung um 55 600 Mark, sonstige Unterstützungen um 1,2 Millionen Mark und für Rechtsschutz an Mitglieder um 79 177 Mark. Der Betrag für die Invalidenunterstützung stieg dagegen um 3,4 Millionen Mark. Die hierfür aufgewandten Ausgaben sind bei den Verbänden, die von der Verbandstafel streng getrennte Invalidenfonds führen, nicht enthalten, die betragen, soweit Angaben vorliegen, 923 000 Mrk. Demzufolge erhöht sich die Mehrausgabe auf 4,3 Millionen Mrk. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung beträgt insgesamt 12 385 067 Mrk.

Obwohl einige Verbände gezwungen waren, die Unterstützungsätze oder die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu balancieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebende Summe von 109 888 848 Mrk. an Unterstützungen auszus zahlen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Gefühl der Nazi- und Kozj-Phrasen und ihrer gedankenlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.

Entsprechend den getroffenen Maßnahmen verminderten sich auch alle übrigen Ausgaben. Sie waren für Presse und Bildung um 2,74 Millionen Mark niedriger als 1930, für Agitation und Organisation um 3,97 Millionen Mark und für Verwaltung um 7,42 Millionen Mark.

Können die Barone und Hitler den Kapitalismus retten?

Von Fritz Larnow.

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Reichsmark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen.

In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrumpft. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten zerstört, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfange vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verzweifeln und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Ein Schrumpfungsvorgang mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum darben die Menschen und lassen dennoch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren.

Niemand in der mehr als hundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irr-sinnige „Mangel aus Überfluß“ so sichtbar gewesen als heute. Wie in Deutschland, so in der ganzen Welt. Ein ökonomisches Massensterben geht durch alle Volkswirtschaften, Rohstoffe verkommen durch alle Weltwirtschaften, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten und die Menschen irren existenzlos und verzweifelt auf den Straßen umher.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den überprüfenden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unerlässlichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. Sowie man die Produktion auch abbrochelt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eigenen Mechanik. Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Vernichtung von Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionseinschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System nicht mehr heraus und die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Staatsmänner stehen öblich rat- und hilflos der beispiellosen Zerkürung gegenüber, die der toll gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Welt-handel auf die Hälfte zusammengesunken. Die einzelnen Staaten vertrieben sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zoll-mauern, radikaler Einfuhrsperren und anderer Handelshemmnisse. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zusammengebrochen, teils freiwillig verlassen worden. In anderen Ländern wird durch eine Devalenz w a n g s-

Kollege Friedrich Gerhardt 50 Jahre alt.

Am 14. August vollendet der 1. Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Friedrich Gerhardt, sein 50. Lebensjahr. In seiner Heimatstadt Nürnberg erlernte er das Tapezierhandwerk, und mit 19 Jahren schloß er sich bereits seiner Gewerkschaft an. Es war innere feste Ueberzeugung zur Sache der Arbeiterschaft, die ihn besellte, denn in der Folgezeit sehen wir den Kollegen Gerhardt aktiv in der Bewegung stehen. Lange hielt es ihn nicht in Nürnberg. In anderen Orten neue Ideen kennenzulernen, war sein Ziel, und bevor er sich in Berlin endgültig niederließ, hat er in so manchen Orten des Reiches gearbeitet. Auch im Ausland versuchte er sein Heil. In Darmstadt, damals für den Tapezierberuf nicht unbedeutend, erwarb er sich rasch das Vertrauen der Kollegen, so daß sie ihn zum Vorsitzenden der Ortsverwaltung wählten. Nach seiner Uebersiedlung nach Berlin gelang es ihm bald, auch hier in der Organisationsarbeit Fuß zu fassen. Lange Jahre war er Vorsitzender der Ledermöbelbranche und gehörte auch selbstverständlich dem Vorstand an.



Neue Aufgaben entstanden nach dem Kriege. Die Berliner Kollegen wählten den Kollegen Gerhardt am 19. Januar 1919 zum besoldeten Vorsitzenden der Berliner Filiale. Als 1920 die Verschmelzung mit den Sattlern erfolgte, wurde er 2. Vorsitzender, und im April 1921 erfolgte seine Wahl zum 1. Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Berlin. Als der damalige 2. Zentralvorsitzende, Franz Spickt, einem Rufe des ADGB folgte, wählten Vorstand und Ausschuß den Kollegen Gerhardt ab 1. Oktober 1921 zu seinem Nachfolger. In Erinnerung wird noch sein, daß der Dresdener Verbandstag 1929 ihn an Stelle des in den Ruhestand getretenen Kollegen Peter Blum zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt hat. Selbstverständlich war es, daß Kollege Gerhardt von seinen Kollegen zu den Verbandsstagen delegiert wurde. Seit 1909 ist er auf jedem Verbandstag gewesen, und die Vertretung auf den Kongressen der Holzarbeiter-Internationale ist ihm stets übertragen worden.

So ist das Leben unseres Hauptvorsitzenden ein ständiges Arbeiten in der Gewerkschaftsbewegung gewesen. Ein Leben von unten auf im Interesse der Arbeiterschaft und besonders unserer Berufskollegen. Der Weg ist nicht immer frei von Hindernissen gewesen, aber Arbeitskraft und Optimismus sind Mittel, die er zu gebrauchen wußte, das erstrebte Ziel zu erreichen. Wir wünschen unserem Hauptvorsitzenden, daß ihm diese Werkzeuge noch lange Jahre bei bester Gesundheit zur Verfügung stehen mögen.

Die Hauptverwaltung.

wirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbunden und Blulleere in der eigenen Volkswirtschaft erzeugt. Ueber den öffentlichen Klaffen nützen die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifelten Klemme, daß die Bedingungen für den Uebergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angesichts der Fülle von brachliegender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Sachfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stoßen.

Die Papen-Regierung der Barone hat sich mit dankenswerter Offenheit bereit, ihren wirtschaftlichen und sozialen Kurs festzulegen. „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“ heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Glends an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur

um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht anzufassen zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern. Und die Nazis, deren Anhänger und Wähler nach Gregor Straßer von einer „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfaßt sind, haben ebensowenig Zweifel darüber gefaßt, daß sie gemittelt sind, diesen Kurs zu unterstützen.

Fragt sich nur, wie lange die heute noch irre geteilten Massen an der Nase herumgeführt werden können, bis sie es merken. Früher oder später dürfte dieser Zeitpunkt kommen, und die kapitalistische Finanziers der Hitler-Bewegung werden sich sicher noch einmal wundern, daß die Saat, die sie austreuen, ganz anders aufgeht, als sie bis heute denken.

Ein ehernes Gesetz der Geschichte fordert einen anderen gesellschaftlichen Ueberbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegenlaß, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergange geweiht, und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich der Entwicklung entgegenstemmen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft!

Die Freiheit der Deutschen.

Zum 11. August.

Ist der Deutsche von Natur, aus seinem Wesen heraus, zur politischen Abhängigkeit bestimmt? Fehlt dem Deutschen das tiefste Bedürfnis nach Freiheit? Es könnte so scheinen, wenn man hört, was die alte Schule, was die herrschende Macht an deutscher Geschichte verherrlichen. Danach sah der Deutsche immer beglückt nach oben, dahin, wo man regierte. Eine Trennung war hiernach stets zwischen Verwaltung und Volk, und das Volk war hiernach glücklich, gedankenlos, ohne eigene Meinung, geleitet zu werden von den Mächtigen. Da Könige, Herzöge und Fürsten und hier das Volk. Da Herrenwillen und hier Dulden des Herrenrentums. Und für die Freiheit war keine Stätte.

So sieht der Bürger die deutsche Geschichte, und so prägt man der Jugend das „deutsche“ Wesen aus den Jahrhunderten ein. Und man schämt sich nicht, das herrliche Wesen unseres Volkes zu erstellen und die deutsche Art herabzuwürdigen nur im Interesse einer gewissen Gruppe von Machtgierigen.

Man verwechselt bewußt die wesentlichen Zeiten deutschen Wesens mit den unwesentlichen. Die Zeiten, in denen politische Macht über Volk und Freiheit triumphierten, die hebt man hervor, auf die ist man stolz, und die Zeiten, in denen sich das stolze Freiheitswesen unseres Volkes zeigte, über die

berichtet man lau und nüchtern, und das Bezeichnende an ihnen sieht man nicht.

Daß unser Volk von Anbeginn an dem Freiheitsgedanken huldigte, daß schon der germanische Staat ganz und gar auf demokratischer Grundlage aufgebaut war, wie es die Wissenschaft offen anerkennt, das sieht man nicht, will man nicht sehen, gibt man nicht bekannt. Schamhaft wird es von den vollentfremdeten Knechtsgestalten verschwiegen. Erst dann, als sich volksfremde, römische Art in Germanien eintraf, da begann für den deutschen Spießer das deutsche Wesen.

Aber die Freiheit darbt in jener Zeit, und damit das Wesen des Volkes. Das deutsche Volk, das zur Freiheit geboren ist. Ein fremder Machtgebante fliegte über den uralten deutschen demokratischen Geist. Und doch nicht dauernd. Zu unterdrücken ist Freiheit nicht. Man kann sie nur hemmen.

Schon Fichte wies darauf hin, daß der Zeitraum der freien Reichsstädte der Zeitraum wiedererwachten echten deutschen Wesens gewesen sei, und er verlangte „eine begeisterte Geschichte der Deutschen aus dem Zeitraum der freien Reichsstädte, die das National- und Volksthum würde“.

So sah dieser große Deutsche das Wesen und die Geschichte unseres Volkes. Das, was der herrschenden Auffassung in der deutschen Geschichte das Unwesentliche war, das war ihm das Bestimmende. Und, so die Geschichte geleben, war ihm „die deutsche Nation die einzige unter den neuereuropäischen Na-

tionen, die es an ihrem Bürgerstande schon seit Jahrhunderten durch die Tat gezeigt hat, daß sie die republikanische Verfassung zu ertragen vermöge“.

Es war ein Abschlüsseln des ganzen und deutschen Wesens, das die herrschende Klasse unserem Volke angehängt hat, als die deutsche Reichsverfassung am 11. August 1919 den Freiheitsgedanken klar und deutlich, herrlich und stolz als den deutschen Volksgedanken wieder herausgehoben hat. So war von Urbeginn an deutsches Wesen. Was in der Geschichte immer nur in Versuchungen und vorübergehenden Möglichkeiten war, die Freiheit zu vertreten, das wurde durch die deutsche Reichsverfassung zum ersten Male in der deutschen Geschichte allgemein als Grundlaß für alle anerkannt.

Zum ersten Male in der Geschichte erleben wir jetzt, in der Republik, uns selbst, das Volk in seinem Wesen. Und wenn das alte Herren- und Spießer-geflüßte, das Volk in Herren und Unterthanen zu zerreißt, auch im Diktaturverlangen der Nazis noch einmal einen letzten und großen Anlauf unternimmt: die Epoche, in der unser Volk seine Freiheit und damit seine Art erlebt, hat begonnen, und auf diesem Freiheitsboden der Republik werden wir es auch vollbringen, unserem Volke die wirtschaftliche Demokratie zu erringen und unser Volk damit in ganzer Weite und Tiefe zu führen zu seiner herrlichen Art.

Vor der wir in Achtung stehen und der wir dienen. Allen Volkseinden zum Trotz.

Bildet Hammerschaften!

Die zunehmende falschliche Gefahr führte in Massen abwehrschlossene Staatsbürger in dem wichtigen Bollwerk gegen die Reaktion, in der Eisernen Front, zusammen, Tausende und aber Tausende bisher Abseitsstehender stellten sich in klarer Erkenntnis des Ernstes der Stunde zur Verteidigung von Republik, Demokratie und Freiheit zur Verfügung. Die auf die Erhaltung der heutigen Staatsform und die Verwirklichung des Sozialismus gerichteten Organisationen erhielten ungeahnten Zulauf. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Staffeln der Turn- und Sportverbände und die in einzelnen Gebieten des Reichs bestehenden Schutzformationen der Sozialdemokratischen Partei stellten sich um auf physischer Abwehr des gesteigerten falschlichen Terrors. Damit war zunächst der notwendige Schutz der Eigenheime der Arbeiterschaft und der ruhige Verlauf ihrer Veranstaltungen gewährleistet.

Doch auch die freien Gewerkschaften konnten bei der starken Verquickung von wirtschaftlichem und politischem Geschehen in dem gigantischen Ringen um die Erhaltung der Demokratie, die unerlässlich ist für jede Aufwärtsentwicklung der proletarischen Klasse, nicht abseitsstehen. Entschlossen reibten sie sich ein in die wichtige Phalanx der Eisernen Front und tiefen auf zur Bildung von Hammerschaften. Damit erstanden hunderte Tausende neue überzeugte Streiter wider den Faschismus. Schier unerhörlich erscheint das Reservoir der Millionen von Gewerkschaftlern, von denen seither nur ein verhältnismäßig kleiner Teil durch das Reichsbanner und andere Schutzformationen erfasst war. Die berufliche und organisatorische Verbundenheit mit Gleichgesinnten, die in den Gewerkschaften gegeben ist, ist die erfolgversprechende Plattform zum Auf- und Ausbau der Hammerschaften, denen im gemeinsamen Kampfe ganz besondere Aufgaben zufallen. Sie sind als Ergänzung der eigentlichen Schutzformationen gedacht und geeignet, durch diszipliniertes Massenauftreten bei Aufmärschen und Kundgebungen dem Gegner unsere Kräfte und unsere Macht zu demonstrieren. Die damit verbundene straffere Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder führt zur Steigerung des Selbstbewusstseins und der Aktivität und gibt der gesamten Bewegung Auftrieb.

Je nach Lage und Struktur der Berufe und Bezirke dürfte seither der praktische Erfolg mit der Bildung der Hammerschaften zu bewerten sein. Die in den letzten Wochen vor dem Demonstrationstod im ganzen Reich stattgefundenen Massenaufmärsche ließen die Hammerschaften überall praktisch in Erscheinung treten. Inwieweit daran die Verwaltungsstellen unseres Verbandes teilhaben, war seither mangels näherer Berichte nicht festzustellen. Es soll deshalb ein kurzer Abriss aus den Erfahrungen wiedergegeben werden, welche unsere Verwaltungsstelle Leipzig in dieser Frage gesammelt hat.

In der Jahresgeneralversammlung Anfang Februar wurden die Grundpfeiler errichtet. Der soeben erstellte Aufruf der Eisernen Front wurde in jündenden Worten zur Kennzeichnung der Gefahr benutzt und zur Bildung einer eigenen Hammerschaft aufgerufen. Dank der geleisteten Vorarbeit war der erste Erfolg durchaus befriedigend. Manches Alter gab den Jüngeren ein leuchtendes Beispiel von Mut und Entschlossenheit. Mittels wiederholter Rundschreiben an die männlichen Mitglieder wurde nachgeholfen. Die eingehenden Beitrittserklärungen wurden zu einer besonderen Kartei zusammengestellt. Trotzdem anfangs verschiedene Umstände den Ausbau erschwerten, konnten wir Mitte März in einer bescheidenen aber feierlichen Beisitzung, von Fansängerlingen umrahmt, unsere Satap-Hammerschaft aus der Taufe heben.

Nunmehr schritten wir zum organisatorischen Ausbau unserer jungen Kampftruppe. Unter Beachtung der örtlichen Richtlinien der Eisernen Front vergliederten wir die Hammerschaft in Züge, nach Wohnplätzen eingeteilt. Führer und Unterführer wurden gewählt, freiwillige Unterordnung zum Prinzip erhoben. Bald traten wir bei Aufmärschen als besondere Formation in Erscheinung. Ein Sturmbanner wurde angeschafft. Stolz führen der Hammer, unser Symbol, und die Bezeichnung Satap von Kampfeswillen und Tatkraft unserer Berufskollegen. Bei der Reichspräsidentenwahl und den Protestkundgebungen gegen die Papen-Regierung waren wir geschlossen zur Stelle, im Sprechchor unsere speziellen gewerkschaftlichen Kampfsparolen vertretend. In besonderen Zusammenkünften wurden Zweck und Aufgaben der Hammerschaften erörtert und zur jeweiligen politischen Lage Stellung genommen. Aber auch unserer allgemeinen Gewerkschaftsarbeit machen wir die Hammerschaft dienstbar. Jede Mitglieder-versammlung verbinden wir mit einem Appell der Hammerschaft; ihre Mitglieder sollen zu Funktionären für die praktische Tagesarbeit erzogen werden. Sie sind berufen, in der jetzigen Krisenzeit ihren

ideologischen Einfluß gegenüber den Angriffen auf die Gewerkschaften geltend zu machen. In der Agitation können sie uns infolge der bezirklichen Gliederung und ihrer straffen Erfassung wertvolle Dienste leisten. Doch wir in der Hammerschaft uns einen eigenen Veranlungungsschutz erstellt haben, der bei einem eventuellen Angriff auf unser Volkshaus praktisch wirksam werden kann, ist von besonderer Bedeutung. Auf ihre besondere Verwendung bei großen politischen Massentreibs, deren Möglichkeit gerade gegenwärtig lebhaft diskutiert wird, dürfte nur andeutungsweise hingewiesen sein.

Es ergeben sich also mannigfache Aufgaben bei den Hammerschaften, deren Bildung, wie unser Beispiel zeigt, nicht an der geringen Größe einer Verwaltungsstelle zu scheitern braucht. In Verbindung mit verordneten Organisationen, z. B. Schuhmacher und Lederarbeiter, dürfte sich zumindest die Aufstellung einer gemäßigten Hammerschaft erreichen lassen. Hasten der neuen Einrichtung infolge der kurzen Zeit ihres Bestehens auch noch manche Mängel an, so dürften doch gerade die allerersten politischen Ereignisse schlagend beweisen, daß auch der letzte Mann zur praktischen Mitarbeit herangezogen werden muß. Die Gewerkschaften verfügen über ungeheure Reserven. Deshalb, Kollegen, hinein in die Eisernen Front! Wer keiner anderen Schutzformation angehört, trete ein in die Reihen der aktiven Gewerkschaftler, in die Hammerschaften unseres Verbandes! Freiheit!

W. Frahnert, Leipzig.

Einseitige Belastung bei der Krankenversicherung.

Die Sozialversicherung steht unter dem furchtbaren Druck der Krise. Nur mit Mühe gelingt es den einzelnen Trägern derselben einen gerechten Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu finden. Unter dem Druck der Krise sind die Ausgaben nach unserer Meinung in zu scharfer Weise eingeschränkt worden. Die Versicherten haben große Opfer bringen müssen. Andere Faktoren wurden weniger betroffen, wie folgendes Beispiel zeigt, welches die Krankenversicherung betrifft („Deutsche Krankenkasse“ Nr. 30):

Table with 2 columns: Year (1931, 1932) and Amount. Rows include: Medical treatment (17.6, 20.0), Medicine and health products (10.5, 11.1), Hospital care (12.9, 14.2), and Sickness benefits (33.3, 27.1).

Der Anteil der Versicherten an der Gesamtausgabe ist um 6,2 Proz. gesunken. Der Anteil der Ärzte ist um 2,4 Proz. gestiegen. Auch die Krankenhauspfege und die Lieferanten von Arznei und Heilbedarf haben ihren Anteil an der Gesamtausgabe der Krankenkasse vergrößert. Wenn Reformen derart aufgefakt werden, daß die Versicherten, also diejenigen, welche das Geld in der Hauptfache aufbringen, allein die Opfer zu tragen haben, dann muß hier recht bald ein entscheidender Wandel eintreten. Das mögen sich alle die gelagt sein lassen, die die Gesamtausgabe der Krankenkassen mehr oder weniger zu regulieren in der Lage sind.

Innenpolitisch ein Trümmerfeld, außenpolitisch fastgestellt.

„Der deutsche Volkswirt“ beschäftigt sich in der Nr. 44 mit den bisherigen Leistungen der deutschen Regierung. Er kommt u. a. zu folgendem Schluß: „Acht Wochen Regierung Papen-Schleicher haben Deutschland innenpolitisch zu einem Trümmerfeld gemacht, von dem niemand weiß, wann und woher die Bausteine für eine Neuordnung gewonnen werden sollen. Aber acht Wochen dieser Regierungskunst haben Deutschland auch in eine außenpolitische Isolierung hineingedrängt, die allmählich unerkennbare Ähnlichkeit mit der Situation von 1914 gewinnt. Die Reichsregierung ist dem französisch-englischen Vertrauenspakt nach einigem Zögern beigetreten. Aber das ändert nichts daran, daß das Verhältnis zwischen Paris und London heute intimer ist als seit vielen Jahren. Und man mag den praktischen Wert des neuen polnisch-russischen Nichtangriffspaktes so gering einschätzen wie man will, er bedeutet eine Entwertung der deutschen Außenpolitik, er liefert ein neues Glied in der außenpolitischen Einkreisung Deutschlands. Denkt man an die feindselige Stimmung, die die deutsche Außenpolitik in Holland und den skandinavischen Ländern hochgezüchtet hat, denkt man an die finanzielle und außenpolitische Ohnmacht Italiens, die sich in dem jüngsten Ministerwechsel deutlich manifestiert hat, so erkennt man mit Beklemmung, wie eng sich der Ring um Deutschland schon geschlossen hat, dem noch vor zwei Monaten Brining die Sympathien und die Hilfsbereitschaft fast der ganzen Welt geschickt zu haben schien.“

So ist es in der Tat. Innenpolitisch vollständige Zersahrenheit, ein Trümmerfeld, wie es der Nationalsozialismus zu seinem Aufstieg braucht und außenpolitisch die vollständige Isolierung Deutschlands. Man vergleiche dieses Ergebnis einer kurzen Regierungszeit mit den hochtrabenden Versprechungen, die dem deutschen Volke beim Regierungswechsel gemacht wurden.

Katastrophale Handelspolitik der Papen-Regierung.

Nachdem bereits der unglückselige Butterzoll Deutschland in ein schlechtes Verhältnis zu seinen wichtigsten Abnehmerländern, zu Holland und Dänemark, brachte, da er geradezu wie eine Herausforderung jener Länder wirkte, deren Buttereinfuhr wegen ihrer Kontingentierung — 5000 Tonnen für jedes Land zum Zollsaß von 50 Mark — zugunsten anderer Länder künstlich eingeschränkt wurde, sind jetzt andere handelspolitische Einschränkungen durchgeführt oder angekündigt, die, angeblich zum Schutze der Landwirtschaft, den handelspolitischen Vorzellanläden völlig zu zertreten drohen. Das durch den Butterzoll bereits stark benachteiligte Holland, Deutschlands bisher bester Kunde, außerdem Belgien und Italien, wurden jetzt durch die Kartoffelzölle, die kürzlich verdoppelt wurden, und durch die Begrenzung der Frühkartoffeleinfuhr auf 70 Proz. des Vorjahresimports, verärgert. Italiens Haltung ist bereits wegen des innerdeutschen Kampfes gegen die Einfuhr von Südschichten und der deutschen Devisenvorschriften gegenüber Deutschland stets weniger freundschaftlich. Die Papen-Regierung hat jetzt die Zollbelastung für Schmalz von 6 auf 10, für Speck von 14 auf 20 M. erhöht. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Es besteht die Absicht, die Zölle für Speck und Schmalz und eine Anzahl anderer landwirtschaftlicher Produkte, vor allem für Holz, noch zu erhöhen. Da diese Zölle im deutsch-schwedischen Handelsvertrag gebunden waren, hat die Papen-Regierung den Handelsvertrag mit Schweden zum Anfang des nächsten Jahres gekündigt. Die schwedische Industrie droht bereits mit Gegenmaßnahmen, und es besteht die Gefahr, daß dieser für die deutsche Industrie überaus wichtige Absatzmarkt zugunsten Englands verloren geht. Selbst aber im Falle, daß mit Schweden ein neuer Handelsvertrag zustande kommt, der diesem für die Erhöhung der Agrarzölle Gegenleistungen auf anderen Gebieten, zum Beispiel bei der Eisenerzausfuhr bietet, würde die Aufhebung der Zollbindungen, die in der Absicht erfolgt, diese Zölle zu erhöhen, die andern Länder, die an der Agrarerausfuhr ein großes Interesse haben, zu Gegenmaßnahmen herausfordern. England und die Vereinigten Staaten sehen zur Zeit an einem Wendepunkt ihrer Handelspolitik. Die Regierungen in beiden Ländern beschäftigen sich mit dem Gedanken, an der Stelle von Meißelungungsverträgen Kontingentverträge abzuschließen, die die Einfuhr jeweils nur einer bestimmten vertraglich festgelegten Menge gestatten. Ein solches für den internationalen Wirtschaftsverkehr schädliches Kontingentsystem möchte auch die Papen-Regierung einführen, hauptsächlich um die Landwirtschaft noch weiter subventionieren zu können. Die Kündigung des Schwedenvertrages soll diese Verringerung der Handelspolitik vorbereiten. Somit wird Deutschland, das die Aufgabe hätte, durch eine vorbildliche Handelspolitik England und die Vereinigten Staaten von dem abschüssigen Weg der Kontingentierungen fernzubehalten, diese in die Verringerung ihrer Handelspolitik noch hineintreiben.

Was den Verbrauchern, den Arbeitlosen, Kurzarbeitern und den bei stark herabgesetzten Löhnen beschäftigten Arbeitnehmern die Verteuerung von Butter, Schmalz, Speck und Kartoffeln bedeutet, wozu noch der freudhafte Plan der Einführung einer Margarinesteuer zur Hebung des Butterverbrauchs (!!) hinzukommt, braucht weiter nicht geäußert zu werden. Die Regierung begründet die Zollerhöhungen und die landwirtschaftlichen Subventionen mit den Veränderungen „der Verhältnisse“ in der Landwirtschaft seit Inkrafttreten der alten Zölle. Daß auch die Verhältnisse der Verbraucher, unter welchen die Kurzarbeiter und die Erwerbslosen mit ihren Familien heute nicht weniger als die Hälfte der städtischen Verbraucher ausmachen, sich geändert haben, geht die Regierung der Großgrundbesitzer offenbar nichts an. Die sozialpolitisch rechtstehende Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ schreibt über diese Agrarsubventionen und Zollpläne: Man muß einmal die Frage stellen, wer die auf Grund der Agrarsubventionen stetig wachsende Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbrauchen soll, wenn durch export- und industriefeindliche Maßnahmen die Kaufkraft der von der Industrie abhängigen Bevölkerung immer mehr an den Nullpunkt herangerückt wird. Und zur Margarinesteuer: „Man möge rechtzeitig überlegen, welche politischen Folgen von einer Hungersnot ausgehen können, die noch dadurch gesteigert wird, daß man den Massen die Möglichkeit zu ausreichender Fettversorgung Iperet.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Ostdeutschland. Das letzte Lohnabkommen ist durch Verhandlungen der Tarifparteien ohne Aenderung bis zum 31. August verlängert worden.

Tapezierer.

Danzig. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn 1,05 Gulden beträgt. Diefelbe Vereinbarung gilt auch für Autoattler. Das Abkommen gilt vom 1. August bis zum 31. Dezember 1932.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Vom 31. Juli bis 5. August hielt der Deutsche Lederarbeiterverband seinen 20. Verbandstag in Frankfurt a. M. ab. Die Mitgliedschaft war neben den Verbandsinstanzen durch 36 Delegierte vertreten. Außerdem waren als Gäste anwesend Kollege Huber vom Schuhmacherverband, Kollege Schiller vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband der Tischschloßmaler und von unserem Verband der Kollege Gerhardt, der die Glückwünsche der drei genannten Organisationen überbrachte.

Mit der Verbandstagung war zugleich das 60jährige Jubiläum der Organisation verbunden. Waren es doch die Weißgerber, welche am 2. August 1872 zusammenkamen, um die bereits bestehenden lokalen Fachvereinigungen auf zentraler Grundlage zusammenzufassen. Die Beratungen, die damals in Berlin stattfanden, waren befeuert von der Gedankenwelt des Vorkämpfers der Arbeiterbewegung F. Passalle und führten zur Gründung des „Verbandes der Weißgerber“ mit dem Sitz in Altenburg. Die Organisation entwickelte sich rasch. Die wenigen Unorganisierten wurden streng gemieden. Im Juli 1893 vereinigten sich die Lohgerber, welche 1885 ihre zentrale Organisation schufen und ihren Sitz in Hamburg hatten, mit dem Weißgerberverband. Ab Januar 1894 verlegte der nunmehrige „Zentralverband der Lederarbeiter“ seinen Sitz nach Berlin. Im Jahre 1909 schloß sich auch die seit Juli 1869 bestehende Organisation „der Handschuhmacher“ dem Lederarbeiterverband an. Dieser zählte somit 11 922 Mitglieder. Vor dem Kriege war der höchste Mitgliederstand 16 231. Nach Kriegsende setzte auch hier ein starker Zustrom ein und in der Inflationszeit erreichte der Verband 48 139 Mitglieder. Die Umstellung im Arbeitsprozeß, die langanhaltende Krise, welche Betriebsstilllegungen und Produktionsrückgang zur Folge hatten, verminderten auch hier die Zahl der Mitglieder. Am Ende des Jahres 1931 zählte der Lederarbeiterverband 32 900 Mitglieder.

Mit dem Verbandsjubiläum war gleichfalls die Erhebung des Verbandsvorsitzenden H. Mahler verbunden, der auf eine 30jährige Tätigkeit als Vorsitzender zurückblicken konnte. Mahler hat sich nicht nur das Vertrauen und die Anerkennung seiner Mitglieder, sondern das auch weiterer Gewerkschaftskreise durch seine Tätigkeit erworben. Zugleich wurde Mahler 60 Jahre alt und eine entsprechende Anerkennung wurde ihm während der Tagung zu teil. Der Kassierer Bod kann mit Abschluß des Jahres ebenfalls auf eine 30jährige Tätigkeit zurückblicken. Auch seiner wurde mit ehrenden Worten gedacht.

Im Vorstandsbericht betonte Mahler die Beschlüsse, welche die drei Verbände hinsichtlich der Verschmelzung angenommen hatten. Er verwies jedoch darauf, daß hinsichtlich der Invalidenunterstützung eine Einigung nicht erfolgte. Besonders seien es aber die Zeitumstände mit ihren unvorhergesehenen Auswirkungen, die zurzeit eine Verschmelzung der drei Verbände nicht ratsam erscheinen lassen. Nur wenige Delegierten nahmen zu dieser Sache Stellung und stimmten im wesentlichen den Ausführungen Mahlers zu.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß infolge der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei den Lederarbeitern nur noch ein Drittel der Kollegen in der Lage sei, Beiträge zu entrichten. Ueber 80 Proz. der Ausgaben fallen aus das Konto der Unterstützungsleistungen. In der Debatte zum Vorstandsbericht wurde das Treiben der RSD- Anhänger und seine verbandsschädigenden Auswirkungen besonders von dem Delegierten (seinem ehemaligen RSD-Mann) aus Weinheim scharf verurteilt. Eine große Debatte nahm „die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes“ ein, nachdem von den zuständigen Tarifkommissionen die einleitenden Berichte erstattet wurden. Den Höhepunkt des Verbandstages bildete das Referat des Bundesvorsitzenden P. Grafmann über „Die Weltwirtschaftskrise“. Im vorzüglichen Maße wurden dabei die Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen der Krise gekennzeichnet. Die heutige Spekulationswirtschaft mit ihrem Streben nach Profit müsse einer bewußt aufgebauten Bedarfswirtschaft weichen. Zunächst aber muß die Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung

gezwungen werden, ohne diese ist an eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse nicht zu denken.

Statutenänderungen wurden folgende vorgenommen: Das Eintrittsgeld wurde neu geregelt und beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für männliche unter 18 Jahren und für weibliche Mitglieder 30 Pf. Die bisherigen Beiträge einschließlich Invalidenbeitrag mit 30, 50, 75, 100, 125 und 150 Pf. blieben bestehen. Der bisherige 2-Mt.-Beitrag kommt in Wegfall. Die Unterstützungsätze bei Streiks, auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit und bei Krankheit werden ungefähr in der Endsumme im Durchschnitt um 30 Proz. gekürzt. Anfolgebessern sind auch die Tagesätze entsprechend niedriger. Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und auf der Reise wird nach Leistung von 52, 156, 260 und 320 Beiträgen für 30, 40, 50 und 60 Tage gewährt. Die Umzugsunterstützung ist je nach Beitragsleistung um 5 bis 30 Mt. gekürzt. Eine wesentliche Umgestaltung hat das Invalidenunterstützungsverfahren erfahren.

Nach Stammb.	75 Mt.	nach Beitragsleistung von 100 Mt.	125 Pf.	150 Pf.
von 750	6,— (10,—)	9,— (15,—)	11,25 (18,75)	15,— (22,25)
von 1300	8,50 (15,—)	13,50 (20,—)	16,25 (25,—)	20,— (30,—)
von 2080	13,50 (20,—)	20,— (30,—)	25,— (37,50)	30,— (45,—)

Die Zahlen in Klammern sind die bisherigen Unterstützungsätze. Allen Mitgliedern, welche vor dem 31. Dezember 1932 Beiträge bezahlt haben, werden pro Jahr 26 Wochen angerechnet. Bisher waren es 40 Wochen, die angerechnet wurden. Rühmlich erhalten alle Invaliden, welche nach dem 1. April 1924 noch keine Vollbeiträge geleistet haben, den niedrigsten Satz der ersten Unterstützungsstufe pro Monat (ausschließlich der Ehrenmitglieder). Weitere Uebergangsbestimmungen wurden beschloffen. Die Sterbeunterstützung wurde bei der niedrigsten Beitragsstufe um 3 Mt., in der höchsten um 65 Mt. gekürzt.

Der Verbandsauschuss wurde von 13 auf 11 Personen verringert. Das Verbandsgebiet wurde in sieben Gauen eingeteilt. Der Redakteur erhält Stimmrecht. Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Oktober 1932 in Kraft. Der Vorstand wurde per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Die Gehälter der Angestellten wurden neu festgelegt.

Die Macht der bürgerlichen Presse.

Die „Mitteilungen“ des Vereins Arbeiterpresse bringen u. a. eine Aufstellung über die Auflagen sämtlicher im Verlag Wlstein laut notarieller Bescheinigung in den Monaten Januar, Februar, März 1932 erschienenen Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter.

Vollst. Zeitung	57 480
dito Sonntagsausgabe allein	68 190
Zeitbilder	67 200
Berliner Morgenpost	513 780
dito Sonntagsausgabe allein	613 740
Berliner Allgemeine Zeitung	45 350
B. Z. am Mittag	149 140
Tempo	103 320
Berliner Montagpost	173 770
Die Grüne Post	954 050
Berliner Illustrierte Zeitung	1 617 160
Die Dame	43 250
Das Blatt der Hausfrau	521 110
Uhu	138 900
Koralle	39 250
Der Querschnitt	20 270
Verkehrstechnik	2 440
Baumwelt	9 130

Ein großer Teil der Leser dieser Zeitungen sind Proletarier, die bei den Wahlen für die Kommunisten oder für die Sozialdemokratie gestimmt haben, die jedoch noch nicht dazu gekommen sind, auch bei der Wahl ihrer Zeitung die letzten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Nieder mit der Arbeiterbildung!

Die „Deutsche Zeitung“, Organ der rechtsradikalen Staatsfeindler, nationalsozialistisch und reaktionär, läßt sich aus „academischen Kreisen“ einen wilden Hehartikel unter der Liebesschrift „Bruststätten des Marxismus“ schreiben.

Da wird die Wacke abgeworfen! Das stadtreaktionäre verkümmerte Akademikerium aus dem Ruzilager schreit laut wider die Volksbildung. Haherfüllt wird dargestellt, daß alle Gewerkschaften Gewerkschaftsbildungs- und -schulungskurse haben. Fort damit — heißt die Parole!

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, die Abendgymnasien, die Hochschulkurse für Arbeiter haben es den Reaktionären besonders angetan. Das muß alles fort — so schreien die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“.

Arbeiter haben dumm zu sein und zu bleiben! Sie wollen den Bildungstrieb im Volke künstlich nieder-

halten; sie wollen die Arbeiter vom Erwerb von Wissen ausschließen! Ihr Ideal ist ein verdammtes Bolt auf niedriger Bildungsstufe — denn nur Dummheit wird das Dritte Reich tragen. Hier trifft der abgrundtiefe Haß gegen die Arbeiterschaft, die volksfeindliche, reaktionäre Bestimmung der Nazis trach hervor; hier haben sie verraten, daß sie das deutsche Volk aus einem Kulturvolk in ein Volk barbarischer Knechte verwandeln wollen!

Gene Akademiker, die ihre Studienzeit im Suff verbrachten, merken, daß ihnen die Arbeiterkraft an Wissen teilweise heute schon voraus ist. Deshalb der Ruf nach Massenidiotie. Genügt denn die nationalsozialistische Paralyse noch nicht?

Sollen die Rundfunkhörer streiken?

Die Gewaltmaßnahmen der Papen-Regierung und das Zurückweichen der Rundfunkherren vor den Befehlen der Nazis haben eine solche Verschlechterung der deutschen Rundfunkprogramme zur Folge gehabt, daß schon zahlreiche Republikaner ihren Rundfunk abmeldeten. Noch zahlreicher aber sind diejenigen, die in ihren Zuschriften die planmäßige Durchführung eines Streiks aller Rundfunkhörer fordern. Sie glauben, daß Regierung und Sendegesellschaften mit Rücksicht auf den drohenden Ausfall an Gebühren zu einer Aenderung ihres neuen Kurles bewegen werden könnten. Der „Volksfunk“, die große funktulierte der Eisernen Front wendet sich jedoch gegen die Akehr vom Rundfunk und vor allen Dingen gegen jeden wilden Hörerstreik. Eine solche folgenschwere Aktion könne nur von der Eisernen Front einheitlich veranlaßt werden. Dazu aber scheint die Zeit noch nicht gekommen, zumal die meisten Hörer in der Lage sind, die ihnen durch nationalsozialistische Darbietungen verdorbenen Stunden am Lautsprecher zu vermeiden, wenn sie fremde Stationen einschalten. Das ausführliche Programm fast aller europäischen Sender enthält der „Volksfunk“, dessen neues Heft wieder ungemein vielseitig ist. Der Verfassungstag wird in Wort und Bild gewürdigt. Längere Berichte führen in die Arbeit der Volksbühne ein, in das Wesen des Bamp im Film, in die Neuercheinungen der kommenden Funkausstellung, in die Bewegung zur Förderung der Freibäder, in die Ereignisse der letzten Zeit. Dem Bastler werden Kurzwellenvorlaggeräte beschrieben. Dazu kommt der Roman aus dem Rothaus, der in Wort und Bild gleich lesend ist. Schach- und Rätsel, Humor und viele Einführungen.

Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt und jeder Buchhandlung für monatlich 96 Pf. (einschließlich Geräteversicherung) frei Haus bestellt werden. Probehefte sendet der Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, kostenlos.

Bücherchau

„Umbau der Wirtschaft.“ Die Forderungen der Gewerkschaften. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14. 40 Seiten, Preis 40 Pf.

In der vorliegenden Broschüre haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft entworfen und sie allgemein verständlich erläutert.

In gedrängter Kürze werden die bekannnten Forderungen nach Beschäftigung und planmäßiger Wirtschaftsführung unter dem Gesichtspunkte der Bedürfnisdeckung. Aber dieses alte und eingewurzelte Gedankengut der Arbeiterschaft ist durchgegriffen und nun fruchtbarer Weizen bereinigt worden. Es ist geordnet und zu einem anschaulichen Ganzen vereinigt. Und es wird mit den Erfahrungen begründet, die sich aus der Entwicklung des letzten Jahrzehnts ergeben.

Darum sei das kleine Heft einem jeden empfohlen, der mit offenen Augen und wachen Sinnen die gewaltigen Umwälzungen, die das Zeichen unserer Zeit sind, miterleben und ihrem inneren Sinn nachspüren will.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 6. August bis zum 14. August ist der 33. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Verjammlungskalender

Zeit! Am Freitag, 19. August, findet unsere nächste Mitgliederversammlung im Lokal Felsensteiner, Freiligrathstraße, statt. Vorsteht wird der Gauleiter, Kollege Busch-Erfurt, den Bericht über den stattgefundenen Verbandstag geben. Außerdem steht die Kündigung der Lohnstapel der Lederwarenindustrie zur Debatte. Alles in diese wichtige Mitgliederversammlung, insbesondere wird die Mitgliedschaft der Firma „Scholle“ aufgefordert, teilzunehmen. Wegen der Reichhaltigkeit der Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen erforderlich. Beginn 20 Uhr. Die Ortsverwaltung.